

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

## Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
Rentamt zu Tharandt.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: Vierteljährlich 2,40 Mk.; halbjährlich 4,80 Mk.; jährlich 9,60 Mk. / Die Bestellungen sind zu richten an den Verleger, die Geschäftsstelle, Berlin O. 28, 48.

Abonnementspreis: Pfa. für die gewöhnliche Postzeitung oder deren Raum, 1,20 Mk. / Pfa. für die gewöhnliche Postzeitung oder deren Raum, 1,20 Mk. / Pfa. für die gewöhnliche Postzeitung oder deren Raum, 1,20 Mk. / Pfa. für die gewöhnliche Postzeitung oder deren Raum, 1,20 Mk.

für die Amtshauptmannschaft Meissen, für das  
Rentamt zu Tharandt.

Nr. 50

Sonnabend den 1. März 1919

78. Jahrg.

### Amtlicher Teil.

#### Bekanntmachung,

#### die Zuckerkarten der Reihe 11 und 12 betreffend.

Die Gültigkeit der Zuckerkarten für den laufenden Versorgungszeitraum (Reihe 11) erlischt mit dem 12. Februar 1919. Nach diesem Zeitpunkt darf auf Karten der Reihe 11 Zucker im Kleinkauf nicht mehr abgegeben werden.

Die Bezugsausweise der Reihe 11 waren lt. Bekanntmachung vom 19. November 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 273 vom 23. November 1918) von den Kleinhändlern bis spätestens 25. November 1918 an ihre Lieferanten einzusenden. Sollten trotz dieser Verordnung irrtümlicherweise Bezugsausweise der Reihe 11 sich noch in den Händen der Händler befinden, so sind diese nunmehr unverzüglich auf dem üblichen Wege der Zucker-Verteilungsstelle für Sachsen zuzuführen.

Die noch bei den Händlern befindlichen Bezugskarten und Ergänzungszuckerkarten der Reihe 11 sind spätestens bis zu den nachstehend angegebenen Terminen abzuliefern, und zwar seitens der Kleinhändler an die Zwischengroßhändler

bis zum 28. Februar 1919,

seitens der Zwischengroßhändler an die der Zucker-Verteilungsstelle angehörenden Großhändler

bis zum 5. März 1919,

seitens der Großhändler an die Zucker-Verteilungsstelle

bis zum 10. März 1919.

Zu den gleichen Terminen sind die von den Zuckerkarten der Reihe 12 abgetrennten Bezugsausweise an die genannten Stellen abzuliefern. Da im Laufe des Versorgungszeitraums von den Kommunalverbänden Normalzuckerkarten nicht mehr ausgegeben werden, ist eine restlose Rücklieferung der betr. Bezugsausweise sofort möglich und aus Gründen einer schärferen Kontrolle dringend erforderlich.

Die im Laufe des Versorgungszeitraums ausgegebenen Zuckerbezugskarten (für gewerbliche Zwecke) und Ergänzungszuckerkarten der Reihe 12 sind fortlaufend nach Eingang mit tünlichster Bescheinigung abzuliefern. Das Ministerium behält sich vor, gegen säumige Ablieferer mit geeigneten Maßnahmen vorzugehen.

Jede Einfindung von Karten hat unter Einschreiben oder mittels Wertpapiers zu erfolgen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet. Es wird ferner wiederholt darauf hingewiesen, daß durchlochte Karten als unmusterbar gelten und daher nicht mehr beliefert werden dürfen.

Dresden, am 10. Februar 1919.

Nr. 107 VI.Alc.

Wirtschafts-Ministerium,  
Landeslebensmittelamt.

Der gemäß § 15 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 an Stelle des nach dem Befehl über den vaterländischen Hilfsdienst für den Bereich des bisherigen XII. Armeekorps mit dem Sitz in Dresden errichteten Schlichtungsausschusses neu zu bildende Schlichtungsausschuß setzt sich zusammen aus den händigen Mitgliedern:

Baurat Korißki,  
Kommerzienrat Minckwitz,

Stellv.: Rechtsanwalt Beundorf,  
Fabrikbesitzer Baeseler, — als Vertreter der Arbeitgeber;  
Gewerkschaftsbeamter Liebe,

Bezirksleiter Berndt,  
Stellv.: Verbandsbeamter März,  
Gauvorsteher Gerlicke, — als Vertreter der Arbeitnehmer.

Vorsitzender ist Herr Baurat Korißki, sein Stellvertreter Herr Gewerkschaftsbeamter Liebe.

Die Diensträume befinden sich bis auf weiteres in Dresden-N., Ammonstraße 2.

Die Kreishauptmannschaft.

Krug von Witt und von Falkenstein.

#### 10 Holzabraumhaufen

auf der Bahnhofstraße sollen für 2 Mk. der Haufen an Kinderbemittelte abgegeben werden. Anmeldungen bis 3. März mittags im Zimmer 2 des Verwaltungsgebäudes.

#### Linden- und Kastanienstämme

werden am 3. März vormittags 10 Uhr an der Bahnhofstraße versteigert.

Wilsdruff, am 28. Februar 1919.

Der Stadtrat.

#### Am 3. und 4. März 1919:

1. Verteilung von Sauerkraut in den Geschäften von  
Ernst Adam  
Gustav Adam  
Paul Lauer  
Paul Bögel

1/2 Pfund auf die Person. Warenbezugsschein Nr. 24. Vom 5. März ab freier Verkauf.

2. Verteilung von Kunsthonig in allen Geschäften. Abschnitt 10 b der roten, blauen und gelben Nahrungsmittelkarten je 200 Gramm für 32 Pfennige.

3. Verteilung von Graupen in allen Geschäften Abschnitt 10 a der roten, blauen und gelben Nahrungsmittelkarten je 200, 300 und 500 Gramm, Pfund für 44 Pfennige.

4. Anmeldung in allen Geschäften, weißer Warenbezugsschein Nr. 25, gelber Warenbezugsschein Nr. 16 für Marmelade.

Wilsdruff, am 27. Februar 1919.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

#### Höhere Mädchenschule in Meissen.

Eine höhere Lehranstalt wie die Realschule, siebenklassig (4.—10. Schuljahr), Eintritt in die unterste Klasse nach dreijährigem Besuch der Volksschule. Reifezeugnis befreit von der Aufnahmeprüfung in die weiblichen Berufsschulen. Schulgeld 200 Mk., auch Schulgeleiderlag. Schülerinnenzahl: 205, wovon der 4. Teil Auswärtige, günstige Bahnverbindung, geeignet. Heime. Anmeldung für alle Klassen nimmt der Unterzeichnete in seinem Amtszimmer bis 4. März täglich von 11—12 Uhr und nach Mitteilung (Fernruf 386) auch zu anderer Stunde entgegen.

Prof. Dr. Schettler, Direktor.

## Feindliche Besorgnisse bei Verschleppung des Friedensschlusses.

### Simson.

Es will sich nimmer erschöpfen und leeren. Das Ruhrgebiet ist kaum — einigermaßen wenigstens — zur Arbeit zurückgekehrt und auch zur Vermittlung, wie man wohl sagen darf, wenn gleich die Erregung der letzten Tage noch in allen Gemütern nachzittert und jeden Augenblick wieder zu neuen Temperamentsausbrüchen führen kann, und schon steht ganz Mitteldeutschland in Flammen. Oder vielmehr: die Flammen erlöschen allenthalben, in Halle und Leipzig, in Magdeburg und Bitterfeld; die Braunkohlengruben sind stillgelegt, von denen die Hitze des armen Mannes ebenso mit ein wenig Wärme versorgt wie das großartig angelegte Werk der Berliner Elektrizitätsbereitstellung mit Strom und Energie geleistet werden soll. Die Fabriken feiern allenthalben, die Eisenbahnen stellen den Betrieb ein, Rot und Verwirrung liegen bis zur Verzweiflung — es hilft alles nichts. Sie volo, sic jubeo: so will ich, so befehle ich, hieß es früher unter Kaiser Wilhelm — alle Mäder stehen still, wenn dein harter Arm es will, heißt es jetzt in dem revolutionären, im republikanischen Deutschland, in dem eigentlich, da ja die Arbeiter die politische Macht erobert haben, der "starke Arm" nicht mehr feiern sollte. Wenigstens nicht, um von der Regierung Forderungen zu erheben.

Aber wissen wir denn überhaupt noch, was wir tun? Eben jetzt wenden sich die deutschen medizinischen Fakultäten und mit ihnen die Oberbürgermeister der großen Städte in einem schmerzabewegten Ruf an ihre Berufskollegen in der ganzen Welt und auch an den Präsidenten Wilson, um sie für die endliche Aufhebung der Hungerblockade gegen das deutsche Volk zu erwärmen. Sie irren sich, wenn sie sich erhoffen, aller Reserven be-

rannten Körvern der Städte, die zu Todesopfern jeder Zufallskrankheit bestimmten, von den schweren Leiden, die durch die unerhörte Monotonie der Nahrung verursacht werden, von dem täglich unerträglicher werdenden Dasein der großen Masse unterer Bevölkerung, von der zunehmenden seelischen Depression des Hungers und ihren fittlichen Verheerungen, die als riesige Brutzentren des Bolschewismus die ganze zivilisierte Welt bedrohen. Wenn Kinder nachweislich aus Hunger Kohlenstahl, Kranke aus den Müllern der Spitäler rohe Kohlstämme verchlängen, wird verständlich, daß Verzweiflung jung und alt zu schwerstem Eigentumsvergeben hinreißt. Alle Begriffe von Recht und Unrecht hat der jahrelange Hunger verwirrt, die fittliche Vernichtung steht unmittelbar vor der Tür.

Auch dieser erschütternde Appell an Einsicht und Menschenliebe der nicht-deutschen Welt wird wohl ungehört verhallen. Aber wir wollen wenigstens aus ihm lernen, daß wir nicht zu schärf aburteilen dürfen über diejenigen, die jetzt dem unter Land verwührenden Streikfieber erliegen. Sie wissen nicht, was sie tun. Sonst müßten sie sich sagen, daß sie wohl den Staat und seine Wirtschaft vollends zerstören können, daß aber unter seinen Trümmern die deutsche Arbeiterkraft ebenso begraben werden wird wie irgend ein anderer Teil unseres Volkes. Die deutsche Arbeiterkraft ist nicht mehr der gewaltige Miese wie einst; auch er ist schwach und krank geworden, und er tobt, in unheiliger Verblendung, gegen sein eigenes Fleisch und Blut, als hätten unsere Feinde uns noch lange nicht genug geknechtet, ausgefogen, verpeinigt, als müßte die Hungerblockade von außen, unter allen Umständen noch durch völlige Blutenziehung von innen her ergänzt und in ihren unheiligen Wirkungen vervollständigt werden. Simson hat, als er mit letzter ungeheurer Kraftanstrengung die Tempel-

maulen zerbrach, seine Feinde in Tod und Untergang mitgenommen. Der deutsche Arbeiter kann sich selbst und sein Volk verachten, aber seinen und unserer Feinden kann er nichts anhaben. Die werden den Untergang des deutschen Volkes wohlgenut überleben.

### Bichon verkündet schnellen Friedensschluß.

Merkwürdiges Einschwenken der Pariser Presse.

Nach "New York Herald" erklärte Bichon in einem Journalisteninterview, daß die Vorfälle in München und anderen deutschen Städten einen schnellen Friedensschluß notwendig machten. Der Friede dürste etwa Ende Mai unterzeichnet werden. Die deutsche Kriegsmarine werde nicht zerstört werden, mit Ausnahme von einigen Schiffen, die man versenken wolle, um Deutschland eine Lehre zu erteilen.

"Echo de Paris" vom 24. d. M. schreibt: Es wäre von größtem politischen Vorteil für Frankreich gewesen, wenn der Plan, Deutschland seinen inneren Unruhen zu überlassen, den Erfolg gehabt hätte, die deutsche Einheit zu zerstören und das Deutsche Reich auf immer verschwinden zu lassen. England und Amerika sind aber der Ansicht, daß eine bolschewistische Herrschaft in Deutschland es ihm unmöglich machen würde, die finanziellen Forderungen der Alliierten zu befriedigen. Der englisch-amerikanische Vorschlag, Deutschland durch Zuführung von Lebensmitteln und raschen Friedensschluß zu Hilfe zu kommen, hat den Sieg davongetragen. Die Münchener Unruhen gaben den Ausschlag.

„Victoire“ vom 24. d. M. meldet: Wer Deutschland kennt, weiß, daß die Unruhen in München und anderswo von kurzer Dauer sein werden, wenn sich nicht die Regierung Ebert dem schlimmsten Feind der Ordnung, der Hungernot, gegenüberstellt. Wir müssen daher den Rat der englischen Studienkommission sofort befolgen und alles daran setzen, um Deutschland Lebensmittel und Rohstoffe zu schicken.

„Humanität“ vom 24. d. M. meldet: Alle Redenarten von Recht und Freiheit, mit denen man französische Truppen bedröht, um sie zum Durchhalten anzufeuern, alle Besprechungen, daß dies der letzte Krieg sein sollte, sind jetzt vergessen. Jetzt redet man nur noch, daß man dieses nehmen und jenes annektieren wolle, daß man Einflußsphären schaffen müsse und Garantien herauspressen. Man will Deutschlands Abrüstung, aber Frankreich will sein Heer und England seine Flotte behalten, ein neuer Krieg wird die unausbleibliche Folge sein. Nach Jena kam Waterloo, wir warnen als gute Patrioten unser Vaterland vor Ueberspannung des Bogens.

### Neue Kämpfe im Industriegebiet.

Die Spartakisten aus Hamburg vertrieben.

Münster, 27. Februar.  
Da die Spartakisten die mit den Regierungstruppen vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen nicht eingehalten haben, gestaketen sich die Händel in Hamburg mit jedem Tage merkwürdiger. Hamburg war das Hauptquartier der Spartakisten. Von hier aus wurde nicht nur die Stadt, sondern auch die ganze Umgebung drangsalirt. Infolgedessen sind die Regierungstruppen in der Nacht zum 27. Februar in die Stadt einmarschiert. Sie fanden



am Polizeigefängnis heftigen Widerstand, so daß Artillerie in Tätigkeit treten mußte. Nach einigen Verlusten zogen sich die Spartakisten zurück. Das Rathaus wurde von Arbeitern und Bürgern besetzt. An Stelle des kommunikativen Arbeiterrates wurde ein neuer Arbeiterrat gewählt. Oberst Rasendorf vom Infanterieregiment 50 ist Stadtkommandant. Die Truppen bleiben in der Stadt, bis die allgemeine Entwaffnung in Hamburg und Umgebung durchgeführt ist.

### Württemberg warnt vor Spartakus.

Die württembergische Regierung hat einen von allen Ministern unterzeichneten Aufruf an die Arbeiter veröffentlicht, in dem es u. a. heißt, Spartakus habe der Volksregierung erneut den Kampf angelegt. Da aber das keine Sache Spartakisten allein nicht ausrichten könne, um Blutvergießen und Blünderung, sowie die Schrecken der Hungernot herbeizuführen, so wolle er die Arbeiter für seine Zwecke benutzen. Die Arbeiterschaft wird gewarnt, denn die Regierung sei entschlossen, mit aller Schärfe gegen alle Ausschreitungen vorzugehen.

### Spartakushege in Berlin.

Kaufforderung zum Massenstreik.

Wieder einmal verbreitet der Spartakusbund in Berlin Flugblätter, in denen zum Massenstreik aufgefordert wird, und zwar soll es sich diesmal um einen rein politischen Massenstreik handeln, der die verschiedenen sozialistischen Unternehmungen im Ruhrrevier, in Mitteldeutschland und Bayern unterstützen soll. Er geht unter der Parole: „Nieder mit der Nationalversammlung! Nieder mit Ebert, Noske, Scheidemann!“

Berlin hat sicher genug an der einen Spartakuswoche im Januar und man darf wohl annehmen, daß nicht nur die Regierung alle geeigneten Vorkehrungen getroffen hat, sondern auch, daß die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung alles tun wird, um den neuen Spartakusputsch — denn nichts anderes soll der Massenstreik sein — zum Scheitern zu bringen.

## Das Geheimnis der alten Wamsel.

Roman von E. Marlitt.

Es hatte längst zehn Uhr geschlagen. Felicitas war in die Schlafkammer gegangen, um sich zur Ruhe zu begeben, aber das unaufhörliche Gepolter der nebenanstehenden Kaffeeträgerinnen machte ihr den Aufenthalt in dem dumpfen, schwülen Räume unerträglich. Sie öffnete das Fenster und setzte sich auf den Sims, die gefalteten Hände um die Kante legend, und sah hinaus in den Hof. Er war nicht ganz dunkel. Auf den Vorläden des ersten und zweiten Stockes brannten noch die Petroleumlampen. Durch die hohen Fenster fielen lange Lichtsäulen auf das Steinpflaster; sie streiften den überaus aufblühenden Wasserstrahl des rauschenden Röhrenbrunnens, ließen in unheimlichen Ecken trübe Glaskugeln aufglänzen und warfen schließlich noch einen fahlen Schein auf die ziemlich weit entfernte Fassade des Hinterhauses. Neben das große Biered der Gebäude aber spinnte sich der immerwährende Nachthimmel. Unverändert, wie vor längst verstrichenen Zeiten, sahen seine Sternbilder herein in den Hofraum, den die Sage mit haarsträubenden Gespenstergeschichten bedeckte — sie hatten diejenige, die jetzt als wehklagende Schemen hier angstvoll umherzogen, sollten, in blühender Leibesgestalt gesehen, edle Ritter und stattliche Handwerksleute, vornehmliche einhergehende bürgerliche Hausfrau; zu ihnen hatten Augen aufgeschlagen, aus denen Wellen glühend begehrt sprühte, auch solche, die in aufgeblassenen Augenbunzeln und teilnahmslos an Gottes wundervoller Schöpfung vorüberstrichen, schone Augen, hinter denen das Verbrechen lauerte, und in Tränen schwimmende, bang blickende Kinderaugen — der Erwan war verloschen, sie alle moderierten; aber die große Lehre der Natur, daß alles vergehen müsse, bleibe

### Unzufriedenheit der Soldatenwehr.

Eine den Wehrheitssozialisten nahestehende Korrespondenz stellt fest, daß die Republikanische Soldatenwehr nach links abzuweichen und auf eine Ordnungstruppe der Regierung zu bleiben, eine Art „rote Garde“ zu werden drohe. Der Groß-Berliner Volksrat hat mit 437 gegen 390 Stimmen — Unabhängige unterstützt von Kommunisten gegen Wehrheitssozialisten und Demokraten — beschlossen, eine Neuwahl des vor etwa zwei Monaten gewählten Volksrats vorzunehmen; eine weitere Versammlung soll zu der Einberufung eines neuen Reichskongresses der Arbeiterräte Stellung nehmen. Der Kongress soll alsdann wohl gegen die Nationalversammlung ausgespielt werden. Zeichen der Zeit, die Beachtung verdienen.

### Weimar vom Verkehr abgeschlossen.

Ausdehnung des Streiks in Mitteldeutschland.

Die Streikbewegung des mitteldeutschen Kohlenreviers, die in Halle a. S. ihren Mittelpunkt hatte, hat sich in wenigen Tagen über ganz Mitteldeutschland ausgebreitet. Die Arbeiter haben es verstanden — nicht ohne Mitwirkung von Spartakus — alle Verkehrsanstalten dem Streik anzuschließen, so daß in Mitteldeutschland der Eisenbahnverkehr völlig ins Stocken geriet. Auf diese Weise ist Weimar fast von allem Verkehr abgeschlossen und die Verbindung zwischen Berlin und Süddeutschland ist nur auf allerhand Umwegen möglich. Ganz Thüringen, Sachsen, Anhalt stehen im Zeichen des Generalstreiks, und aus allen Gegenden des Reiches werden Protest-, Sympathie- und andere Streiks gemeldet. So streikten in Königsberg die Arbeiter, weil die Säuer- und Schwefelarbeiterzulage aufgehoben worden ist. In den meisten vom Streik betroffenen Städten hat die Bürgerwehr zur Abwehr ebenfalls den Streik beschlossen, so daß Ärzte, Apotheker, Beamte, Rechtsanwält, Lehrer und Kaufleute jede Arbeit, beam. Dienstleistung verweigern.

## Deutsche Nationalversammlung.

(17. Sitzung.) Weimar, 27. Februar.

Unter den Eingängen befindet sich ein Befehlswort zur Befreiung der Folgen der Verkehrserschwerung. — Der Ausschuss für Handel und Verkehr wird zukünftig als Ausschuss für Volkswirtschaft bezeichnet werden.

### Dritte Lesung des Reichswehrgesetzes.

Abg. Dr. Fleischer (Centr.) verlangt die Befestigung aller Dienststellen für die Umwandlung. Redner tritt für das aktive Unteroffizierskorps, ebenso für die Militärämter ein. Beide Kategorien müßten besser gestellt werden. Das freiwillige Grenzdienstkorps in der Grafschaft Glatz habe sich in unzulässiger Weise gegen die Berücksichtigung betragen und dürfe nicht in die Reichswehr aufgenommen werden. Im katholischen Ermland hängt sich die politische Agitation im Mantel der Religion um das katholische Ermland und Schlesien wollen aber deutsch bleiben.

Präsident Fehrenbach bittet, die Diskussion nicht in so breiter Weite fortzuführen, sonst sei an einen Abbruch der Verhandlungen zum Wochenschluss nicht zu denken.

Reichswehrminister Noske erklärt, den Fragen der Teuerungszulagen, Versorgungsanträge, der anderen Regelung der Gehaltsfrage, werde selbstverständlich die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Er habe angeordnet, daß sofort noch einmal diese Dinge geprüft werden und so rasch als möglich eine Entscheidung herbeigeführt wird. Die jetzige braunschweigische Regierung hat jedem Unteroffizier, der von dem Militärversorgungsscheiteln keinen Gebrauch macht, 8000 Mark versprochen. Die Reichsregierung denke natürlich nicht daran, für solche Versprechungen einzutreten.

Abg. Braß (U. Soz.) verlangt eine breitangelegte Verteidigungsrede für die sozialistischen Unruhen im Ruhrrevier, wobei er gegen die Regierung und die Wehrheitssozialisten polemisiert. Zahlreiche Rufe aus dem Saale: „zur Sache“ unterbrechen ihn. Der Präsident verweist den Redner ebenfalls auf den Gegenstand der Tagesordnung und erteilt dem Abg. Damm (U. Soz.) einen Ordnungsruf, als dieser dem Präsidenten parteiische Geschäftsführung vorwirft. Abg. Braß hält die Reichswehr für das ungünstigste Instrument zur Schaffung der Ordnung und spricht weiter gegen die Regierung, der er Lospflichten vorwirft.

### Für Offiziere und Unteroffiziere.

Abg. Laverrenz (Deutsch. Sp.) findet es nicht notwendig, auf die Annahme des Vordröners einzugehen. Schamlose Verbrechen und unerhörte Bergemäßigungen gehen täglich vor sich. Gerade die blutrünstigen Reden der Partei des Vordröners sind an diesen Vorgängen schuld. Wir fordern eine Verurteilung der Militärämter, Urteilungen für das Ausland sind schon an der Tagesordnung. Sollen uns nicht wertvolle Kräfte unseres Volkes verloren gehen, so müssen Unteroffiziere und auch die Offiziere in ihre alten Rechte eingesetzt werden. Die Regierung will Gewalt gegen Gewalt setzen. Wir freuen uns dieses Geistes von Potsdam hier in Weimar. (Beifall rechts.)

Abg. Schöpslin (Reichs-Soz.) erklärt es als Verleumdung, daß die Reichswehr gegen die Arbeiter verwendet werden soll. Herr Braß weiß auch, daß das nicht wahr ist, er will nur in recht demagogischer Weise die Verheerung des deutschen Volkes weiter betreiben. Er war einer der Hauptbeher des Streiks im Ruhrgebiet; jetzt versucht er mit dergleichen Unwahrscheinlichkeit und Strupplosigkeit auch die Parteien zu demoralisieren. (Beifallige Zustimmung bei der Wehrheit.)

Präsident Fehrenbach: Strupplosigkeit dürfen sie einem Mitglied dieses Hauses nicht vorwerfen! (Heiterkeit.)  
Abg. Schöpslin fährt weiter aus, daß niemand daran denke, die Reichswehr im Wirtschaftskampf aufzubieten, sondern lediglich

### Für Mörder, Mörder, Plünderer

soll das Wort „Gewalt gegen Gewalt“ gelten. Es handelt sich um den Kampf gegen die Horden, die gegenwärtig Deutschland schänden und es in das größte Unglück kürzen müssen, wenn dieses Treiben so fortgeht. Am Ruhrgebiet waren nicht 10% der Arbeiterschaft für den Streik.

Reichswehrminister Noske: Zu der Ruhrgegend (Heiterkeit) über Sozialpolitik kann ich nur erklären, daß selbstverständlich die Reichsregierung keinerlei Aufträge in dieser Richtung gegeben hat. Die vorgetragenen Behauptungen werden nachgeprüft werden. — Herr Dr. Cohn, der mir auswirft, daß die Reichsregierung diese Sozialpolitik best. kann ja am besten über die russischen Kubalettsche Auswärts gehen. (Stürmische Plurufe d. d. U. Soz.) Wir wissen, daß

### russische Agenten und russische Geld

auch bei der jetzt im Gange befindlichen Bewegung eine Rolle spielen. Wir selbst würden Verbrecher an unserer Volkssee sein, wenn wir nicht dafür sorgten, daß diesem Verbrechertum ein Ende bereitet wird.

Abg. Tzietze (Reichs-Soz.) weist ebenfalls die Behauptungen des Abg. Braß über Lospflicht zurück und erörtert die Schuld der Unabhängigen an den Streiks in Mitteldeutschland.

Abg. Stunnefeld (D. Volksp.): Es ist unklar, daß die Verhältnisse im Ruhrrevier sich so entwickelt haben, wie der Abg. Braß sie geschildert hat. Ich als Bergmann protestiere entschieden dagegen, daß man die Bergarbeiter so hinarbeiten versucht, als wenn wir unsere Pflicht dem Vaterlande gegenüber vernachlässigt hätten. (Beifall.) Die heutigen Zustände im Ruhrrevier sind nur auf das Konto der Unabhängigen und Spartakisten zu setzen. (Beif. Zustimmung.) Mit Rücksicht auf die Verhältnisse und die Handlungen hat man die Leute aus den Gruben herausgeholt. (Hört, hört!) Ich stelle das dringende Ersuchen an die Regierung, kein Mittel unversucht zu lassen, um Ordnung und Ruhe im Ruhrrevier herbeizuführen. (Beifall.)  
Abg. Braß (U. Soz.) kommt nochmals auf seine Behauptungen zurück, beruft sich auf den Abg. Due und wendet zur Ordnung gerufen, weil er dem Abg. Schöpslin wissenschaftliche Unwahrheit vorwirft.

Abg. Schöpslin (Reichs-Soz.) fährt aus, die Unabhängigen verhielten sich nicht schuldig in die Hände zu schlagen, wenn man ihre Mitschuld an den sozialistischen Unruhen nachweise.

### Die Urheber des Streiks im Ruhrrevier.

Abg. Due (Reichs-Soz.): Herr Braß hat mich als Kränze angehen. Ich muss erklären; wenn Braß auf dem offenen Konventionen so harmlos gesprochen hätte wie hier, dann würde manches nicht eingetreten sein, was dort geschehen ist. (Hört, hört!) Er gehörte in Offen zu jener Gruppe, die die denkbar schärfsten Angriffe gestellt hat, aus diesem Grunde die Generalstreiktraktate. (Hört, hört!) Redner verbreitet sich weiter über die Entlassung des Streiks und meint noch, daß er von einer kleinen Minderheit Unabhängiger und Spartakisten gegen den Willen der großen Mehrheit beschlossen und in Szene gesetzt wurde. Die Jesenherren freuten sich, die sie weniger Jubel haben. Ingrunde geht bei dieser Erklärung der Unabhängigen die Arbeiterschaft und die Gesamtheit des Volkes. (Beif. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Früher war die ganze Sozialdemokratie für den Generalstreik, heute billigen es die Wehrheitssozialisten, wenn gegen Streikende Maßnahmen angewendet aufgeführt werden. (Widerstand und lautes Sprechen unterbrechungen bei den Soz.)

Präsident Fehrenbach: Ich beweise, daß das deutsche Volk an diesem Vormittag seine Freude hat. (Sehr richtig!) Es wird nicht überhaupt nicht mehr zum Wehrheitsgesetz werden, weil Herr Braß andere Fragen angeschnitten hat. Ich werde in Zukunft die Ordnung des Hauses strenger handhaben.

Abg. Dr. Cohn verwahrt sich gegen den Vorwurf, russische Gelder empfangen zu haben, und geht mitteilungslos auf die bekannte Geschichte mit den bei ihm zurückgebliebenen Geldern des russischen Vertreters Josse ein. Wer ihm die unredlichste Verwendung der Gelder vorwerfe, sei ein Lügner.

Reichswehrminister Noske sagt, Herr Cohn und seine Freunde spielten sich gern als Ordnungsfreunde auf und versuchten dabei mit einer Demagogie, wie sie gemeingefährlich und gewissenlos nicht gedacht werden könnte, alle Ermahnungen der Regierung untätig zu machen, wenn ein Instrument gegen Unordnung und Gewalttätigkeit geschaffen werden sollte.

### Endgültige Annahme des Wehrgesetzes.

Nach weiterer teilweise erregter Auseinandersetzung mit dem Reichswehrgesetz in dritter Lesung endgültig angenommen.

Weiter erledigte die Nationalversammlung das Ratsgesetz für Glatz-Koßbrunn, das die Hilfsmaßnahmen der Regierung regelt, in allen drei Lesungen. — Nummern 200 bis 204 der Nationalversammlung an die Beratung des Übergangsgesetzes, das sich mit dem Übergang der Gewalt von dem früheren Reich zum jetzigen System befaßt. Es liegen Änderungsanträge der Deutschnationalen vor, die das Verordnungsrecht einschränken und alle Maßnahmen der Nationalversammlung übertragen wollen. Die Unabhängigen bringen Anträge zur Debatte über die Rechte des Präsidenten ein.

Reichsjustizminister Dr. Vansberg geht in dreitausend juristischen Ausführungen auf den Inhalt des Gesetzes ein und bittet um Abwekung aller Änderungsanträge.

„Ach nein — jetzt wird er vergöttert... Wie er's angefangen hat, weiß ich nicht, aber seine Studenten hüßelten ihn wie ein Bildlind, und die Damen — na, das ist geradezu schauderhaft — die lässen ihm womöglich die Hände, wenn er ihnen ein Rezept verschreibt. Keine Gnädige möchte ja nicht besser — ich möchte mich manchmal grün ärgern. Ja, wenn er noch hüßig wäre! Aber so ein hüßlicher Mann mit dem roten Bart und den ungelesenen Kammer! Wer sollte er kommen, der ungelesene Bart!... Der Lurche alles mit Großheit. Meine Gnädige liegt zum Beispiel in Krämpfen; da tritt er an das Bett, setzt sie an, als ob er mit den Augen speien wollte, und spricht: „Nimm dich zusammen, Abbel! Auf der Stelle steht du auf! Ich werde einen Augenblick hinausgehen, und wenn ich zurückkomme, wirst du angeliebt dort auf dem Stuhle sitzen — hast du mich verstanden?“ Und er kam wieder herein, und sie sah richtig da — die Krämpfe sind auch weggeblieben; aber sagen Sie selbst, ob das nicht Scheußlichkeit ist, eine Dame von Stande so zu behandeln?“

„Er hätte es hüßlicher machen können, freilich!“ meinte die alte Köchin.

„Er tyrannisiert sie überhaupt fürchterlich... Ihre ganze Freude ist, sich gut anzuziehen. Ich sage Ihnen, Friederike, wir haben in Bonn Schränke voll Kleider, daß man sich nicht satt sehen kann, und was die Mode bringt, das wird nicht gemacht. Weil aber der Herr Brummbar immer salbungsvoll von der Einfachheit predigt, so läßt ich meine Gnädige nicht in einem eleganten Anzug vor ihm sehen — Null, nichts als Null!... Wenn er nur möchte, wie teuer die weissen Tücher kommen!... Er wollte ja auch durchaus, die arme Frau sollte übermorgen zu Hause bleiben, Vermögens wegen; aber da kam die andere Reisegesellschaft und hat vorgebeugt — was konnte er da machen?... Dies blaue Kleid wird hüßlich anstehen zur Reise, meinen Sie nicht, Friederike?“

unbegreifen. Geschlecht nach Geschlecht tat die Augen auf und schloß sie wieder, und was zwischen diesen zwei Momenten lag, das war Kampf und Ringen um ein Stück Erde, Titel und Würden, volle Kästen und Kleiderpracht gewesen. Und ein die Welt bewegender Zug im Menschencharakter, er trat auch hier hervor: die Herrschsucht, der unheimliche Trieb, andere Vermögensfinder hinabzudrängen und ihnen den Fuß auf den Nacken zu stellen; und wo ängeres Ansehen und eigenes Geldesvermögen nicht ausreichten, da hüllte man sich in die Behrhaudpulte des Glaubens. — Nichts ist mehr verdrängt und ausgebeutet worden im Interesse weltlicher Zwecke als Gottes Wort, nie ist mehr gefändigt worden als in Gottes Namen!

Während diese Gedanken hinter der Stirn des jungen Mädchens kreisten, wechselten drüben in der Grändelstube Friederikens blederne Stimme und der schneidend hohe Sopran der Jose unaufhörlich im Zwiegespräche.

„Ja,“ sagte Rosa, plötzlich aufstehend, „meine Gnädige fiel aus den Wolken, als der Professor heute gegen Abend zurückkam und erzählte, daß er mit reichlichen Gewinn gemacht wolle — der und eine Partie! Gott im Himmel! In Bonn host er jahraus, jahrein hinter den Büchern, geht zu keinen Patienten und auf die Universität — das ist alles kein Ball, keine Weisheit... Greulich! An den Männern kann ich nun einmal das Frontantum nicht anstehen!“

„Nun, schämen Sie sich, Rosa!“ schalt Friederike entzückt. „Wenn das Ihre gnädige Frau hörte!“

„Na ja, alles hat seine Grenzen... Im Institut ist er so gemein, daß er am liebsten nicht mehr gegeben und getrunken hätte, um heilig und selig zu werden — damals hat ihn kein Mitschüler anstehen können!“

„Die Menschen sind so schlecht! — Da können sie ihn wohl jetzt auch noch nicht leiden?“

# Ludendorffs Rechtfertigung.

Der Vernichtungswille der Alliierten.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der Presse ließ sich Ludendorff noch einmal über die Vorgänge des Jahres 1918 näher aus und betont ausdrücklich, ihm sei kein Fall weder im Juni 1918 noch im März 1919 bekannt, wo auch nur ein Verständigungsverbot auf dem Status quo möglich gewesen wäre. Alles sei an dem Vernichtungswillen der Feinde gescheitert.

Deutschlands sinkende Kriegsfähigkeit.

Wörtlich erklärt Ludendorff weiter: „Meinen Widerstand gegen diesen Vernichtungswillen gab ich erst auf, als ich sah, daß die Kriegsfähigkeit des deutschen Volkes einen unüberwindlichen Niedergang erlitten hatte. Die Ereignisse am 8. August hatten Erscheinungen zur Folge, die das Sinken des inneren Wertes bei einigen Truppenverbänden erhellten. Bisher hatte ich meine Entschlüsse auf einer festen Grundlage aufgebaut; jetzt wurde der vor dem unerschütterlichen Boden schwankend. Darum trat ich Mitte August an die Regierung mit der Erklärung heran, daß wir den Feind durch kriegerische Ereignisse nicht mehr lebensfähig machen können. Daraufhin herrschte Einigkeit darüber, daß der Krieg jetzt auf schnellstem Wege zu beenden sei. Mit der gleichen Kraft, wie ich bis dahin den Vernichtungswillen des Feindes brechen wollte, setzte ich mich nun zur Erlangung des Friedens ein. Nach dem Zusammenbruch Bulgariens war keine Zeit mehr zu verlieren. Ich forderte deshalb die Regierung des Grafen Hertling am 20. September auf, ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot zu machen. Die Aufforderung, ich hätte in 24 Stunden einen Waffenstillstand gefordert, weil sonst die Front zusammenbräche, ist irrig. Ebenso ist die Annahme, ich hätte nach acht Tagen erklärt, mich in der Einkämpfung der Widerstandskraft der Armee geirrt zu haben, unrichtig.“

Verfehlte Hoffnung auf die Volkstimmung.

„Es ist dann“, sagt Ludendorff ferner, „klar wurde, daß der Feind uns Bedingungen auferlegte, die uns ihm auf Gnade und Ungnade ausliefern sollten, erhöhte ich allerdings, daß die Volkstimmung unter dem Druck dieser unglücklichen Zumutungen nun doch noch einen Aufschwung nehmen würde, der die Widerstandskraft des Heeres stärken und den Feind zu einer Milderung seiner Bedingungen zwingen würde. Diese Auffassung wurde auch von anderen Stellen geteilt. Für diese Gedanken bin ich dann mit meiner ganzen Person eingetreten.“

„Am Schluß der Unterredung erklärte General Ludendorff: „Ich stehe für meine Handlungswiese mit meiner ganzen Person ein und habe nur den Wunsch, den ich auch der Reichsregierung übermitteln werde, einem Gerichtshof gegenübergestellt zu werden, der über meine Taten im Zusammenhang und offenkundig urteilen kann.“ Auf die Frage, welche Persönlichkeiten General Ludendorff als Richter über sich anerkennen würde, erwiderte der General: „Jeden Menschen ohne Voreingenommenheit und mit gesundem Verstand.“

# Lebte Drahtbericht

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Abschluß des Generalstreikes.

Düsseldorf, 28. Februar. (tu.) Der Generalstreik der über Düsseldorf verhängt worden ist, wird nunmehr durch die Bewilligung von 75% des Arbeitslohnes während der Streikstage durch die Arbeitgeber seinen Abschluß erhalten. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll morgen erfolgen.

Militärisches Vorgehen gegen die Düsseldorf-Spartakisten.

Münster, 28. Februar. (tu.) In einer vom General-Kommando einberufenen Konferenz, zu der je 3 Vertreter der drei sozialistischen Richtungen geladen waren, wurde von sämtlichen Anwesenden einstimmig ein militärisches Vorgehen gegen die Düsseldorf-Spartakisten beschlossen. Die geladenen Vertreter der Kommunisten waren der Sitzung ferngeblieben.

Eine amerikanische Mission der Friedenskonferenz in Frankfurt.

Frankfurt am Main, 28. Februar. (tu.) Am Mittwoch ist eine amerikanische Mission der Friedenskonferenz in Frankfurt eingetroffen. An ihrer Spitze steht Major Wagners, der in Heidelberg und Göttingen arbeitet hat und eine Zeit lang konsularischer Vertreter Amerikas in Mannheim gewesen ist. Die Mission hat keinerlei Beziehungen zu den Amerikanern, die vor kurzem hier und in anderen Städten Deutschlands weilte. Sie steht unter dem Schutze der deutschen Regierung. Ihre Aufgabe ist, sich über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu unterrichten und Ergebnisse dieses Studiums direkt nach Paris weiter zu geben. Ihr Frankfurter Aufenthalt dauert bis Dienstag.

# Sächsische Volkskammer.

Dresden, 26. Februar.

Die Volkskammer trat heute vormittag 11 Uhr zu ihrer 2. öffentlichen Sitzung zusammen. Unter den Eingängen sind zu erwähnen eine Reihe von Interpellationen und Anträgen betr. die Notlage der sächsischen Industrie, die Kohlennot, die Lebensmittelversorgung, die Aufhebung der Blockade, die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, die Erwerbslosenfürsorge usw., ferner zwei Telegramme von der Vogelländischen Zeitung und dem Vogelländischen Anzeiger in Plauen betr. Wiederherstellung der Pressefreiheit und Schutzes des persönlichen Eigentums.

Präsident Fräßdorf: Die Kammer könne die Vorgänge in Plauen nur aufs tiefste bedauern und übergebe die Telegramme der Regierung mit der Bitte um Abhilfe. Das Haus ist damit einverstanden.

Auf der Tagesordnung steht die allgemeine Vorberatung über den Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen, der sodann dem zu bildenden gesetzgebenden Ausschuss überwiesen wurde.

Es folgte hierauf die Wahl von Ausschüssen, die sich sofort bilden. Vorsitzender des Gesetzgebungsausschusses ist Abg. Langhammer (Demokr.), des Finanzausschusses A. Abg. Wirth (Soz.), des Finanzausschusses B. Abg. Fleißner (Unabh.), des Besondere- und Petitionsausschusses Abg. Wagner (Deutsch.), des Rechenschaftsausschusses Abg. Siermann (Soz.), des Wahlprüfungsausschusses Abg. Heil (Soz.)

Nächste Sitzung Freitag, 28. Febr. Schlußberatung über den Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes, gegebenenfalls Wahl des Ministerpräsidenten.

# Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen  
Wilsdruff, den 28. Februar 1919.

## Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung am 27. Februar, abends 7 Uhr.

Anwesend waren sämtliche Stadtverordnete sowie die Herren Bürgermeister Rünzel, Stadträte Schlichenmayer, Tschaschel und Wehner. Der Vorsitzende, Herr Oberl. Kantor Hiengsch eröffnete die Sitzung mit der Verlesung eines Schreibens der Ratmitglieder, die erklären, in Anbetracht der jetzt zu bewältigenden großen Arbeitslast ihre Dienste der Stadt bis zur gegläubigen Regelung der Neubefugung des Rates weiter zur Verfügung stellen zu wollen, wozu Herr Stadtv. Zschoke bemerkt, daß es durchaus kein Fehler gewesen wäre, wenn die Herren vom Rate aus der politischen Neuorientierung die Konsequenzen gezogen hätten und wie in anderen Gemeinden freiwillig zurückgetreten wären. Da sich dies aber nicht mit Gewalt erzwingen lasse, müsse er sich mit seinen politischen Freunden bis zur gegläubigen Regelung beschreiben. — Ohne Widerspruch erklärte man sich einverstanden, mit der vom Wirtschaftsausschuß vorgeschlagenen Verfeinerung einiger Linden in der Bahnhofsstraße — bei der Vergebung der Holzhaufen sollen in erster Linie Minderbemittelte berücksichtigt werden —, mit der Neuregelung des Stundenlohns der städtischen Arbeiter, der von 75 auf 85 Bfg. für männliche, von 55 auf 60 Bfg. für weibliche erhöht wird, mit der Zusage des Fleischermeisters Bretschneider, auch in diesem Jahre auf eine genügende Eisenerzeugung unserer Stadt bedacht zu sein, mit der durch die Kreishauptmannschaft zugeführten staatlichen Beihilfe von 80 M. für den Rinderhort, mit der Wiedererrichtung des Herrn Regierungsbaurates Riemer als Vauschverständiger der Stadt unter den alten Vertragsverhältnissen, mit der vom Fürsorgeausschuß vorgeschlagenen und vom Rate beschlossenen Inangriffnahme verschiedener Notstandsarbeiten, um den Erwerbslosen Arbeitsmöglichkeit und Verdienst zu schaffen, mit der Richtigsprechung der 1917er Sparkassenrechnung und endlich mit der Beschaffung einer 2. Schreibmaschine. Kenntnis genommen wurde von der durch Bürgermeister Seemann am 9. Februar erfolgten Revision der städtischen Spar-, Stadt- und Steuerkasse, die zu Einwendungen keinen Anlaß gab, von den Ratmitgliedern, wie sie jetzt den städtischen Ausschüssen angehören — bei dieser Gelegenheit wählte man Herrn Stadtv. Amtsstrassenmeister Jahn auf Vorschlag des Rates als 5. Stadtverordneten nach in den Wirtschaftsrat, Forst-, Anlagen- und Bauausschuß —, endlich von der Wahl der Herren Richter zum Branddirektor, Schornsteinfegermeister Beck zum stellv. Hauptmann der Feuerwehr. — Die Heizungsanlage im Rathaus bedarf verschiedener Reparaturen, die nach sachverständigem Urteile die Summe von 2577 M. benötigen. Es wird beschlossen, die Vorlage nach Ratsbeschluss auf den Sommer zu vertagen. — Eine ziemlich ausgiebige Debatte entspann sich über die ev. Aufstellung von Platanen in der Stadt und Abschluß eines Vertrages mit der Fa. Fischer & Co. in München. Von allen Rednern wurde der Mangel von Anschlaggelegenheit anerkannt, nur über die Beseitigung desselben war man geteilter Meinung. Während Herr Sinemus für Säulen eintrat, Herr Lohner die angegebene Größe von 3 1/4 Meter Höhe und 1 Meter Durchmesser verworft, redeten die Herren Bombach und Zschoke weitergeschätzten Anschlagtafeln das Wort, die das Stadtbild nicht verschandeln und überall leicht anzubringen seien. Herr Bürgermeister Rünzel erklärte, auch nicht gerade begeistert für Säulen zu sein, aber dem absolut vorhandenen Bedürfnis müsse in irgend einer Weise abgeholfen werden und da sei der Vertragsabschluss mit genannter Fa. wohl die einfachste Lösung, denn die Beschaffung von Tafeln lege der Stadt bei den jetzigen Preisen nicht unbedeutende Kosten auf. Die verschiedenen Ansichten fanden schließlich Ausdruck in einem Antrage Bombach, die Vorlage abzulehnen und den Rat zu ersuchen, andere Anschlaggelegenheit zu schaffen, der mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt wurde, und einem Antrag Sinemus, die Sache an den Rat zurückzuverweisen und erst nach Erkundigungen in anderen Städten ebendüchtig darüber zu befinden, der mit 8 gegen 6 Stimmen angenommen wurde. Zur Teilnahme an der am 9. März in Dresden stattfindenden Bürgermeistertagung wird aus der Mitte des Kollegiums der Vorsitzende, bei dessen V hinderung der Stadtv. Seidel abgeordnet. Für die Unterbringung von Stadtkindern auf Land wird die Summe von 500 M. bewilligt, mit der Fortbringung und Wiederholung der Kinder die hiesige Festschule betraut, der man gleichzeitig für eigene wohlthätige Zwecke 100 M. überweist. — Eine alte Vorlage, die schon zu Zeiten Bürgermeister Durians verschiedentlich erörtert wurde, kam einen Schritt vorwärts, indem man den Rat ermächtigte, mit der Fa. Ueberall & Ehnert wegen Aufstellung eines Verwaltungs- und Beschleunigungsplanes für unsere Stadt in unverbindliche Besprechungen einzutreten. — Die unter Punkt 9 vom Rate gewünschte grundsätzliche Zustimmung der Stadtverordneten zu einem Ortsgesetz betr. Erhebung einer Tanz- und Eintrittsartensteuer scheid die Geister wieder nach ihren politischen Ansichten und verursachte eine ziemlich ausgiebige Debatte. Während die Herren Stadtv. Bombach, Zschoke und Jähne die Steuer glatt ablehnten, da sie verschiedene Härten in sich birge und prinzipiell nur direkte Steuern für sie in Betracht kämen, konnten die Herren Stadtv. Sinemus, Hiengsch, Lohner und Seidel dem nicht beipflichten; die Steuer sei sehr wohl am Plage und trafe alle Einwohner fast gleichmäßig und dabei seien die in Vorschlag gebrachten Sätze so minimal, daß sie keinem Beteiligten schwer fallen dürften. Auch Herr Bürgermeister Rünzel redete für die Steuer, daß es sich bei den kolossal gestiegenen Ausgaben — das Elektrizitätswerk beanspruche allein in diesem Jahre ca. 9000 M. Zubuße — unbedingt nötig mache, der Stadt neue Einnahmequellen zu erschließen und gerade die Bekämpfung des Bergnützens als keine ungerechte Belastung Einzelner angesprochen werden könne. Die Abstimmung ergab schließlich die grundsätzliche Zustimmung der 8 bürgerlichen Vertreter gegen die 6 sozialdemokratischen. — Neue

ministerielle Verordnungen machen eine andere Fassung des Ortsgesetzes über Erwerbslosenfürsorge nötig. Nach langer Aussprache, an der sich die Herren Stadtv. Hiengsch, Zschoke, Lohner, Bombach, Schumann und zu verschiedenen Malen auch Herr Bürgermeister Rünzel beteiligten, fand ein Antrag Zschoke, der den alten Bestimmungen mit den höheren Unterstützungssätzen bis zum 1. April — der längsten Dauer, die das Gesetz gestattet, — Gültigkeit verleiht, gegen eine Stimme Annahme. — Um die Stadt gegenüber der Haftpflicht vollständig zu decken, wird eine Nachprüfung der Turngeräte durch die Fa. Hähnel-Dresden beschlossen, die auch sich etwa nötig machende Reparaturen sofort zu erledigen hätte. — Für die diesjährige Aussteuer bedürftiger und würdiger Konfirmanden wird ein Betrag von 300—400 M. bereitgestellt, nachdem der Kriegshilfsausschuß 500 M. und der hiesige Frauenverein 400 M. dazu in Aussicht gestellt haben. — Auf Vorschlag des Stadtv. Jähne werden zwei Sachen aus der geheimen in die öffentliche Sitzung übernommen: Dem Vertrauensmann Geißler wird für seine der Stadt geleisteten Dienste der Betrag von 60 M. überwiesen und die Entlohnung der weiblichen Hilfskräfte über 17 Jahre wird dahin geregelt, daß ein Grundlohn von 600 M. zuzüglich der Zulagezulage von 240 M. festgelegt wird. Bei dieser Gelegenheit trat Stadtv. Zschoke für die baldige Entlassung der weiblichen Hilfskräfte ein, soweit sie nicht unbedingt nötig seien. Herr Bürgermeister Rünzel erwiderte, daß die Frage den Rat schon des öfteren beschäftigt habe, aber gar nicht so einfach zu lösen sei; die Zeit schaffe hier sicher auch Wandel. Den Hilfskräften in der Ortskohlenstelle bewilligt man 900 M., von denen Herr Gerlach 600, Fr. Böhm 300 M. erhalten soll. Vor Schluß der Sitzung brachte Herr Stadtv. Jähne noch die Beleuchtung der Tanzsäle zur Sprache, die durchaus nicht zur stilligen Hebung der Jugend beitrage. Er wünschte eine prozentuale Lichtverteilung und eine Änderung der diesbezüglichen Bestimmungen, was Herr Bürgermeister Rünzel insoweit zusagte, als nach einer neuen Verordnung die Saalbeleuchtung an Sonntagen teilweise gestatter werden könne, falls es ohne wesentliche Rohlenzuzubeh des Elektrizitätswerkes möglich sei. Mit der Beantwortung einer früher gestellten Anfrage des Herrn Bombach durch den Herrn Bürgermeister über die Durchführung der Schulaufsicht fand die öffentliche Sitzung ihr Ende.

Für die monatlichen Rohlenmeldungen sind folgende Bestimmungen des Reichskohlenkommissars zu beachten: 1. § 1 der Bekanntmachung betr. Höchstfrühen vom 18. 11. 18: „Brennstoffe dürfen vom 1. Januar 1919 ab an einen meldepflichtigen Verbraucher unmittelbar oder mittelbar nur abgegeben werden, wenn dem Lieferer (Händler) im Vormonat die ordnungsmäßige Meldebefarte für diese Brennstoffe vorgelegen hat.“ 2. § 1 Ziffer 1 der Bekanntmachung betr. Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle usw. im Februar 1919 vom 4. Januar 1919: „Brennstoffe dürfen im März nur bezogen werden, wenn der gewerbliche Verbraucher bezüglich dieser Brennstoffe den Bestimmungen der vorliegenden Bekanntmachung über die Meldepflicht im Februar pünktlich nachgekommen ist.“ (In anderen Monaten entsprechend.) 3. § 1 Ziffer 5 der Bekanntmachung über die Meldepflicht dahingehend, daß die Meldungen vom 1. bis 3. des Monats zu erstatten sind. Hieraus ergibt sich, daß derjenige, der beispielsweise im März nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht gemeldet hat, vor Mai keine Kohle erhalten darf.

vsz. Ueber den Reiseverkehr in der Provinz Posen.

Wer ohne Genehmigung des örtlich zuständigen General-Kommandos die Grenze des vom Aufstand betroffenen Teiles der Provinz Posen zu überschreiten versucht, setzt sich der Gefahr aus, an der militärischen Absperrungslinie festgehalten und zwangsweise zurückbefördert oder in ein Sammellager verbracht zu werden.

## Der Gegenstreik in Leipzig:

Leipzig, 27. Februar. Der von dem Leipziger Bürgerausschuß angekündigte Gegenstreik des gesamten Bürgerturns gegen den Generalstreik hat bereits bewirkt, daß fast sämtliche Verkaufsläden und die Apotheken geschlossen sind. Wie ferner noch die Amtshauptmannschaft Leipzig mitteilt, sind ihre Beamten heute in den Gegenstreik eingetreten, so daß die Verteilung der Lebensmittelkarten damit eingestellt ist. Von den Zeitungen erscheint allein die Leipziger Volkszeitung, die als Publikationsorgan dienen soll. Entgegen einer früheren Mitteilung erstreckt sich der Streik auch auf die Elektrizitäts- und Wasserwerke. Die Ärzte haben sich gleichfalls dem Gegenstreik angeschlossen. Die Beamten des hiesigen Fernsprechs- und Telegraphenamtes haben beschlossen, sich an dem Bürgerstreik nicht zu beteiligen. Der Fernsprecheverkehr wird nach wie vor aufrechterhalten. Dagegen ruht auch die Arbeit in den staatlichen und städtischen Bureaus. Der hiesige A- und S-Rat hat den Amtshauptmann aufgefordert, morgen früh die Amtsräume wieder zu öffnen und will bei einer Weigerung die Öffnung selbst vornehmen. Die Kohlenversorgung der Krankenhäuser ist nach Möglichkeit sichergestellt.

## Kirchennachrichten

Am Sonntag Ostmichi.

Predigttext: Joh. 4, 19—30.

Kollekte für die kirchliche Jugendpflege.

### Wilsdruff.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst.

### Grumbach.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

### Reßelsdorf.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Pf. Deber). — Nachm. 1 Uhr Kindergottesdienst (P. Zacharias). — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Nachm. 5 Uhr Fastenbeten mit Abendmahlsfeier in Niederhermsdorf.

### Sora.

Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst. — Nachm. 1/2 2 Uhr Christenlehre mit der Jugend.

### Limbad.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

### Flanckenstein.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

# Frauentank 1914

Wilsdruff und Umgegend.

Montag den 3. März, nachmittags 4 1/2 Uhr

## Hauptversammlung im Gasthof „Weißer Adler“.

Tagesordnung:

1. Verschiedenes.
2. Jahresbericht.
3. Kassenbericht.

Der Vorstand.

## Allgem. Turnverein Wilsdruff

(Mitgl. d. Arb.-Turnerbundes)

Sonnabend den 1. März

## Feiner Turner-Ball

im Schützenhaus.

Anfang 6 Uhr. Eintritt frei.

Einen genussreichen Abend versprechend, ladet Freunde und Gönner der Freien Turnsache herzlichst ein  
Der Turnrat.

## Schützenhaus Wilsdruff.

Sonntag den 2. März von nachm. 4 Uhr an

## feine Ballmusik.

(Volles Orchester.)

Hierzu ladet freundlichst ein R. Kentsch.

## Der Turnverein Kesselsdorf e. V.

veranstaltet Sonntag den 2. März seinen

## Sommernachtsball

im Gasthof zur Krone.

Ruft von der Gardereiter-Kapelle.

Anfang punkt 4 Uhr.

Es ladet ergebenst ein Der Turnrat.

## Gasthof Naustadt.

Sonntag den 2. März von nachm. 4 Uhr an

## feiner Damenball.

Dienstag den 4. März

## Großer Fastnachtsball.

Anfang 4 Uhr.

## Spar-, Kredit- und Bezugsverein Selbigsdorf, e. G. m. u. S.

Die Mitglieder werden zu der 22. ordentlichen

## Generalversammlung

Dienstag den 11. März 1919 in Wachsmuths Restaurant ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht, Genehmigung der Bilanz, sowie Entlastung des Vorstandes.
2. Verteilung des Reingewinnes.
3. Wahlen.
4. Vereinsangelegenheiten.

Anträge von Mitgliedern sind bis zum 9. März beim Vorstand einzureichen.

Jahresrechnung und Bilanz liegen bis zum 10. März im Geschäftslokale zur Einsicht aus.

Selbigsdorf, 27. Februar 1919.

Der Vorstand.

Bormann. Schuster.

## Weiden-Verkauf.

Die vierjährigen Weidenstäbe von zirka 60 Stämmen im Schönergrund sind zu verkaufen. Angebote erbeten an

Allodialgut Pennrich.

## Ländlicher Spar- und Vorschußverein für Röhrsdorf und Umgegend.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der **Mittwoch den 26. März 1919 von nachmittags 1 Uhr an im „Gasthof zum Erbgericht“ in Röhrsdorf bei Wilsdruff stattfindenden**

## ordentlichen Generalversammlung

hiermit eingeladen.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist nach § 29 der Satzungen jeder im Aktienbuche eingetragene Besitzer einer Aktie berechtigt, hat jedoch durch Vorzeigen der Aktien seine Stimmberechtigung nachzuweisen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung sowie Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
2. Beschlussfassung über Verwendung des erzielten Reingewinns.
3. Besondere Anträge von Aktionären, welche nach § 28 f. der Satzungen eine evtl. zwei Wochen zuvor beim Vorstände einzureichen sind.
4. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrate an Stelle der ausscheidenden, aber wieder wählbaren Herren Privatus Heinrich Herold in Rötzig und Gutsbesitzer Hugo Leutrig in Klipphausen.
5. Genehmigung von Aktienübertragungen.

Röhrsdorf, am 26. Februar 1919.

Ländlicher Spar- und Vorschußverein für Röhrsdorf und Umgegend.  
Richard Hänichen, Direktor.

## Heirat

Junger Mann, Mitte 20, stattliche Erscheinung, Ref.-Offiz., vermögend, sucht Bekanntschaft mit Gutsbesitzers-tochter, vermög., behufs Heirat, am liebsten Einheiratung in väterliches Gut.  
Angebote u. S. 40 an die Geschäftsstelle der Elbtal-Abendpost Dresden 27.

## 15 starke Pferde

Belgier, Oldenburger, Dänen und Russen zu verkaufen.

Schumann, Dresden, Heinrichstr. 9.

## Einkauf von Falen-, Kanin- u. Ziegenfellen

zu den höchsten Preisen.  
August Midan, Berggasse 224.

Edwin Midan, Reifnerstraße 48.

## Wirtschaft

von Selbstkäufer zu kaufen gesucht.

Angebote u. 2270 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Abort- gruben

zu räumen gesucht. Angeb. Ankersdorf Nr. 9 b.

## Mandoline

billig zu verkaufen  
Zmhof, Hobe Straße 134 Y.

## Gasthof Weistropf.

Sonntag den 2. März

## starkbesetzte feine Ballmusik

Hierzu laden freundlichst ein

Alfred Branzke und Frau.

## Achtung, Landwirte!

Der Arbeitsnachweis des Landeskulturrates Nebenstelle Wilsdruff, Fernsprecher 429, empfiehlt landwirtschaftl. Arbeiter aller Art, auch Sommerarbeiter zu günstigsten Bedingungen, sowie Ofterjungen und -Mädchen.

## Möbl. Zimmer

für einzelnen Herrn gesucht. Berte Angebote erbeten unter 2282 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

## Landgut

z. kauf. gesucht. Agenten verboten. Gest. Angebote mit Preis u. W. R. 958 an Invalidendank Dresden.

## Wachhund,

zu kaufen gesucht  
Neukirchen Nr. 69.

## Korbwagen

mit Quersperren steht zu verkaufen in  
Tanneberg Nr. 14.

## Statt Karten!

Für die so zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme und den überaus herrlichen Blumenschmuck beim Heimgange unseres so früh verchiedenen Lieblings

## Gotthard

sagen wir Allen unseren herzlichsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Pfarrer Heber für seine so wohlthuenden und herzlichen Worte am Grabe unseres teuren Entschlafenen.

Hans Faust und Frau  
und Großeltern.

Kesselsdorf u. Omsewitz, 28. Febr. 1919.

## Todesanzeigen

wie überhaupt alle Inserate

vermitteln wir zu jeder Zeit

zu Originalpreisen

an alle Zeitungen

im deutschen Reiche unter fachmännischem Rat :-:

Geschäftsstelle des Tageblattes.

Einen Posten preiswerte  
Kostümröcke  
schwarz und farbig  
wollene Blusen  
Stoff-Unterröcke  
Barchent-  
Unterröcke  
Frauenhemden  
Frauenhosen  
Knabenhemden  
Mädchen-  
hemden  
Eduard Wehner,  
am Markt.

Gelbe und weiße  
Kohlrüben  
zu Speise- und Futter-  
zwecken treffen in nächster  
Zeit ein  
Louis Kühne,  
Hofmühle.

Von der Reichsbekleidungs-  
stelle noch vorrätig  
Herrenüberzieher,  
Herrenanzüge,  
Herrenhosen,  
Emil Glathe,  
Wilsdruff.

Einen gebrauchten, noch  
guterhaltenen  
Parkwagen  
zu kaufen gesucht.  
Dachsel,  
Niedereula 9 bei Rositz.

6-8  
Zuhren  
Bruchsteine  
sowie 10 Stück  
Pflaumenbaumsäulen  
hat zu verkaufen  
Heinrich  
Schubert, Tanneberg.

Suche für meine Tochter  
18 Jahre alt, Stellung als  
Scholarin  
oder Stütze auf Rittergut oder  
großem Gut bei Familienan-  
schluß. Ang. erb. u. 2285  
an die Geschäftsst. d. Bl.

## Darlehns- und Sparkassenverein Limbad b. Wilsdruff, e. G. m. u. S.

Sonnabend den 8. März nachm. 4 Uhr  
im Gasthofe

## 29. Hauptversammlung.

1. Geschäftsbericht. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Verwendung des Reingewinns. 4. Wahlen. 5. Verschiedenes.

Jahresrechnung und Bilanz liegen zum 7. März beim Rechner aus.

Limbad, am 27. Februar 1919.

D. Dachsel. M. Jeremias